

Fraktion FUCHS in der Gemeindevertretung Mühlthal

Die Fraktion FUCHS in der Gemeindevertretung Mühlthal bringt zur Behandlung in der Sitzung am 1. Juni 2021 unter dem Arbeitstitel

Zeitgemäße Honorare

folgenden

Änderungsantrag

zur Drucksache 2021/092

ein:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlthal beschließt, die Drucksache 2021/092 ändernd lediglich deren Neufassung der Entschädigungssatzung in Bezug auf den neuen § 1 Abs. 3 S. 2 zu übernehmen. Alle anderen Neufassungen unterbleiben.

Alle Abstimmungen in der Gemeindevertretung zur Drucksache 2021/092 sollen namentlich erfolgen.

Begründung

Die Tätigkeiten der Kommunalpolitik erfolgen bis auf die des hauptamtlichen Bürgermeisters ehrenamtlich. Unter diesem Begriff wird grundsätzlich Unentgeltlichkeit verstanden. Für unsere Vereinsvorstände und Feuerwehrleute etwa ist es ganz selbstverständlich, die Tätigkeiten ohne Entgelt und selbstverständlich auch ohne "Entschädigungen" oder "Verdienstausfälle" zu leisten. Denn das wäre mit einer Entgeltlichkeit gleichbedeutend.


Würde sich die Gemeindevertretung nun selbst ihre „Honorare“ bzw. ihre "Entgelte" noch weiter heraufsetzen, so wäre dies gegenüber allen anderen ehrenamtlich Tätigen noch weniger vermittelbar, selbst wenn diese Leistungen als "Entschädigungen" oder "Verdienstausfälle" bezeichnet werden. Tatsächlich dauern manche Sitzungen nur 20 Minuten, womit sich selbst bei gegenwärtigem Ansatz von 15,50 Euro pro Sitzung und noch ohne Verdienstausfall bereits ein kalkulatorisches Entgelt von 46,50 Euro pro Stunde ergibt.

Würden weitere Erhöhungen erfolgen, so müßte sich die gesamte Kommunalpolitik mit weiteren Vorwürfen auseinandersetzen, sie sei „ja wohl auch des Geldes wegen tätig“, wie dies bereits heute schon oft zu vernehmen ist. Es ist weder erkennbar, weshalb die Kommunalpolitik jetzt auf höhere Sätze angewiesen sein sollte, noch, weshalb die Kommunalpolitik sich beispielsweise gegenüber ehrenamtlichen Feuerwehrleuten, die für die Gemeinde eine Pflichtaufgabe übernehmen, derart besserstellen möchte.

Geradezu verheerend wäre es, wenn sich die neue Gemeindevertretung als quasi „erste Amtshandlung“ zunächst einmal das eigene Entgelt um etwa 50 Prozent erhöhen würde. Das Vertrauen in die Kommunalpolitik würde großen Schaden nehmen. Die Enttäuschung wäre groß, zumal parallel dazu der Bundestag gerade erst unter dem Eindruck der allgemeinen auch coronabedingten Lage seine Honorare reduziert hat.

Richtig ist es indes, nun endlich auch Aufwendungen anzuerkennen, die für die Inanspruchnahme von Ersatzkräften zur Betreuung von Kindern, Alten, Kranken und Behinderten entstehen. Diese Inanspruchnahmen sind für manche Personenkreise, auf deren kommunalpolitisches Engagement ebenfalls grundsätzlich Wert gelegt wird, unabdingbare Voraussetzung, um den ehrenamtlichen Tätigkeiten überhaupt erst nachgehen zu können.

64367 Mühlthal, den 27. Mai 2021



Christoph Zwickler als Vorsitzender der Fraktion FUCHS